



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



24.05.2012

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Erste europäische Bürgerinitiative

Am diesjährigen Europatag, dem 9. Mai 2012, wurde die erste europäische Bürgerinitiative mit dem mehrsprachigen Titel „*Fraternité 2020. Mobility. Progress. Europe.*“ bei der Europäischen Kommission angemeldet. Die Initiative wurde von Bürgerinnen und Bürgern aus Belgien, Italien, Luxemburg, Österreich, Rumänien, Spanien und Ungarn ins Leben gerufen. Ziel ist es die Kommission aufzufordern einen Gesetzesvorschlag für eine verstärkte Förderung von Austauschprogrammen wie beispielsweise ERASMUS oder dem europäischen Freiwilligendienst auszuarbeiten. In den kommenden 12 Monaten müssen dazu eine Million Unterschriften aus mindestens 7 Mitgliedsstaaten gesammelt werden.

Rechnungskontrolle der Euro-Rettungsschirme

Das Europäische Parlament sucht Mittel und

Wege, bei der Kontrolle des neuen Euro-Rettungsschirms, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), beteiligt zu werden. Leider bietet der Rettungsschirm der europäischen Ebene nur eingeschränkte Kontrollrechte, obwohl die Europäische Kommission entscheidend beteiligt ist, wenn Mitgliedstaaten in Schwierigkeit Hilfe aus dem ESM erhalten. Wir wollen, dass sowohl der Europäische Rechnungshof als auch nationale Rechnungshöfe eine entscheidende Rolle als externe Rechnungsprüfer des ESM spielen. Damit erhalte das Europäische Parlament ein mittelbares Kontrollrecht und über die Haushaltsentlastung der Kommission eine weitere Möglichkeit zur kritischen Begleitung der Arbeit des ESM.

Parlament für Finanz- transaktionssteuer

Erneut hat sich das Parlament für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Mit der Steuer soll der Finanzsektor an den Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise beteiligt und

das "schnelle Geld" im Finanzhandel zugunsten nachhaltiger Entwicklungen ausgebremst werden. Die Steuer soll auch in Drittstaaten anfallen, wenn ein Handelspartner aus der EU kommt. Damit wollen wir die Flucht aus dieser Steuer verhindern, die 0,1% des Transaktionsvolumens betragen soll. Eine Ausnahme sind Derivate, für die ein Steuerersatz von 0,01% gilt. Die endgültige Entscheidung für die Abgabe trifft der Europäische Rat – einstimmig! Großbritannien hat bereits sein Veto angekündigt.

Modellversuch zu Projektbonds

Sie sind ein alter Hut und seit einem Jahr in Vorbereitung: Projektanleihen. Doch der französische Präsident verkaufte im Wahlkampf den Vorschlag zu europäischen Projektanleihen (Project Bonds) als seinen neuen und revolutionären Ansatz zur Wachstumsförderung in Europa. Am Dienstag einigten sich Parlament und Mitgliedstaaten auf ein Pilotprojekt über 220 Mio. EUR, um verstärkt Investitionen aus der Privatwirt-

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



24.05.2012

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

schaft im Bereich Beschäftigung und Wachstum sowie Transport-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur anzuregen. Auch wenn dies in Frankreich anders verkauft wird: die Wahl des französischen Sozialisten zum Präsidenten hat damit rein gar nichts zu tun!

Parlament stärkt innere Sicherheit in der EU

Für ein effektiveres Vorgehen im Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Terrorismus und mehr Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten dank einer gemeinsamen Gefahrenanalyse: So sieht das neue Konzept für mehr innere Sicherheit in der EU aus. Bewährte und effektivste Maßnahmen der einzelnen Mitgliedsstaaten sollen die Grundlage für ein einheitliches Konzept für die Innere Sicherheit aller sein.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Frauen sollen nicht schlechter verdienen als Männer: Die Kommission soll härtere Sanktionen für Arbeitgeber prüfen, die gegen diesen Grundsatz

verstoßen, verlangt das Parlament. Der durchschnittliche Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen in der EU liegt nach wie vor bei 16,4%.

EU soll Investitionen Chinas überwachen

Anders als in den USA gibt es in der EU kein Gremium, das den Ankauf von Staatsanleihen und Investitionen durch chinesische Unternehmen in Europa überwacht. Das Parlament forderte daher die Kommission auf, nach dem Vorbild der USA ein solches Gremium einzusetzen. Die Abgeordneten bemängelten auch das Fehlen eines institutionellen Rahmens zur Erfassung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China. Das wachsende Ungleichgewicht zwischen den beiden Handelspartnern schlug sich bereits 2010 im Handelsdefizit der EU mit 168,8 Mrd. EUR nieder.

Basel III im Ausschuss einstimmig akzeptiert

Mehr als 2000 Änderungsanträge lagen vor – trotzdem hat der Wirtschaftsausschuss ein-

stimmig und ohne Enthaltungen die Vorschläge des österreichischen Fraktionskollegen Karas zur Reform der Bankenregulierung angenommen. Wir wollen eine deutliche Erhöhung des Eigenkapitals von Banken bei gleichzeitiger Verbesserung der Kapitalqualität. Außerdem ist ein antizyklischer Kapitalpuffer vorgesehen. Wir deckeln die Bonuszahlungen an Bankenmanager und verbieten Boni aus Bilanzgewinnen, die auf Basis günstiger EZB Kredite erwirtschaftet wurden.

Internationaler Besuch im Parlament

Das "europäische Haus" aus der Sicht einer 55-köpfigen Schülergruppe des Heidenheimer Hellenstein-Gymnasiums mit Gästen aus Rumänien, Spanien, Italien und der Türkei war diese Woche in Straßburg zu Gast. Kollege Vidal-Quadras (Spanien) und Macovei (Rumänien) nahmen mit mir an der Präsentation des beeindruckenden Projekts teil. Außerdem besuchten mich 19 Hörerinnen und Hörer der Volkshochschule Giengen.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu